

Das 156. Rütli-schiessen, das neue Waffenrecht und die EU

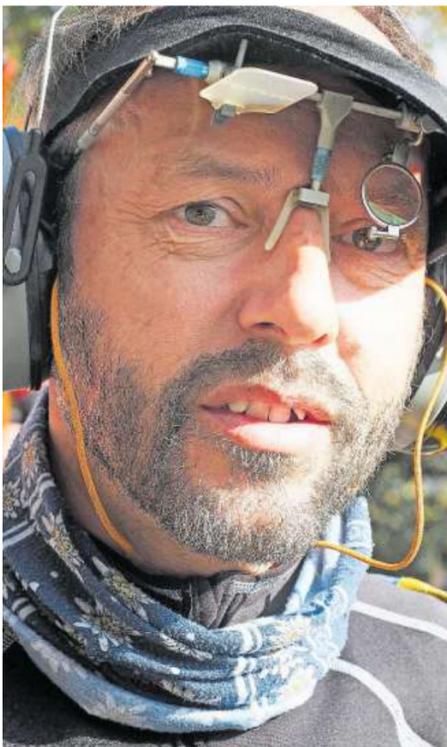
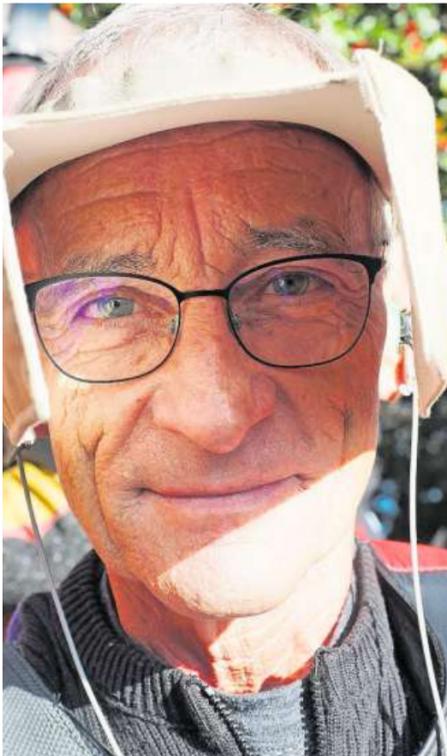
# Wenn die Fahne plötzlich nach rechts flattert

**Morgennebel zieht an diesem Mittwoch Schleppen über den Platz**, als ein paar Gestalten die Hecktüre ihrer SUV öffnen und längliches Gepäck herausheben, etwas, das aussieht wie Instrumentenkoffer in Gangsterfilmen. Touristen, unwissend, weshalb sich hier Hunderte von Bewaffneten versammeln, würde angst und bang; so sah «pure Swiss Folklore» doch gar nicht aus im Ausflugsprospekt. Ist aber genau das. «Kein Sport», sagen die Männer, «Rütli-schiessen – das ist Tradition.»

**Heuer aber bei bald verschärftem Waffenrecht wegen der EU:** Gibt's da eventuell speziellen Pulverdampf? Da pilgern sie doch alle hin, the last Men Standing sozusagen (es hat freilich mittlerweile auch Frauen drunter): ins Lebendréduit gegen Brüssels Bürokratie. Nutzt einer womöglich den Kraftort und sammelt Unterschriften fürs Referendum gegen das Waffenrecht? Obschon es Auflage der Gemeinnützigen Gesellschaft ist (Trägerschaft des Rütli), dass auf dieser Wiese keine Politik betrieben wird. Wir meldeten uns dieses Jahr jedenfalls mal an. «Zeitig früh», wie das hier heisst, nahmen wir Platz im Säli des «Weissen Rössli» von Brunnen. Der Zufall setzte uns neben einen Veteranen der Stadtberner Sektion: «Heuer bin ich das vierzigste Mal dabei», sagte er. Ein Hardcore-Schütze – wir machten uns auf alles gefasst. Stimmt schon beim Erstbesten die Gleichung: «Rütli-schütze = Wuteidge-noss?» Wir tunkten das Gipfeli in den Kafi und fragten: «Ist für Sie heute die EU nur noch 300 Meter weit weg? Wie die Zielscheibe?» «Falsch», sagte der Veteran, «es sind 260 Meter» – und grinste. Dann streckte er die Hand aus: «Guete Morge, ich bi de Ueli. Erstens: Hier duzen wir uns – Schützenkameraden. Zweitens steht man am Rütli nicht zum Schiessen, man kniet. Drittens ist die EU hier

nicht das Problem...» Sondern? «Der Bleifang.» Wie in Morgarten; man ballere gegen Fels. Später korrigiert der Chef der Sektion Uri: «Kein Problem. Wir haben vom Amt für Umweltschutz die Erlaubnis. Wir dürfen schiessen.»

«Das ist nicht das Problem», sagt während einer Feuerpause ein weiterer Veteran. Er klopft sich an die Brust: «Ich kann nicht mehr mittun, ich trage einen Herzschrittmacher.» Ökologie ist kein Problem, die Politik auch nicht. Also was ist das Problem? «Der Wind», sagt er und mustert kritisch die Schweizer Fahne an der Schiffstation: «Siehst du, flattert nach rechts – heisst: Bise. Angesagt aber war Föhn. Das Gewehr darauf einzustellen, ist eine Kunst. Wir schiessen den Hang rauf. Auf 254 bis 263 Meter Distanz, je nachdem, wo dein Platz ist. Zunächst drei Schuss in einer Minute, dann zweimal sechs in zwei Minuten. Kein Probeschuss. Da wird beim Karabiner auch die Zeit zum Problem. Und das Zählen der getätigten Schüsse. Bei dem Geknatter und dem Echo wirst du konfus.» Weiss der Veteran, weshalb die Berner Sektion als einzige ein Zelt aufschlagen darf? Die anderen hat der Rütli-Wirt aufgebaut. Oder die Arme, ein Versorgungsdetachment, das im Rahmen eines WK die Schützen versorgt. Der Veteran schüttelt den Kopf. Selbst der Urner Sektionspräsident weiss es nicht. Er empfiehlt aber unbedingt einen Besuch im Berner Zelt. Es sieht aus wie das eines Söldnerführers während der Berner Kriege. Drinnen erzählt der Chef Witze von der Sorte Busschauffeur auf Kafifahrt, dem paramilitärischen Ambiente politisch unangepasst angepasst. Alle lachen dieses schollernde Kameradenlachen, das meist erstirbt, wenn der Kamerad den Rücken dreht. Es ist ein Signal der Zugehörigkeit, kein Signal für Humor. Dann aber hören wir jemanden immer



Vier von rund 1150 Teilnehmern des gestrigen Rütli-schiessens.

Bild: Max Dohner

weiter lachen, unverwüstlich; das konnte nur Toni Brunner sein, der SVP-Nationalrat. Leichter Weissweindunst umhüllt sein Vergnügen. Jetzt ein Schützenkamerad wie wir (wie Regierungsräte, Polizeikommandanten, hohe Tiere vom Militär, denen wir nur betreten «Hoi» sagen konnten, als ehemaliger Pinggel-Füsilier). Einem Kameraden darf man auch einen Spalt breit die Jacke öffnen: «Jetzt zeig schon, Toni: Wo hast du die Referendumslisten fürs Sammeln von Unterschriften versteckt?» – «Längst unterschrieben», jubelt er, «im Haus der Freiheit. Und ich kann sagen: Da unterschreibt jeder.»

«Ist das Rütli-schiessen nicht doch politisch? Die Linken hatten uns doch gelehrt, alles sei irgendwie politisch.» – «Natürlich ist es das», antwortet Toni, «aber ab wann ist etwas politisch? Vor 156 Jahren, als dieser Anlass ins Leben gerufen worden war, fand das niemand politisch. Heute ist das anders. Hier manifestiert sich die Substanz der Eidgenossenschaft; da drückt sich die Wehrbereitschaft aus über alle Leute, die hier sind.» An der Schiffstation am See schnarcht ein erschöpfter Schütze auf der Bank; die Schuhe hat er ordentlich unter die Bank gestellt. «Früher wurde mehr gesoffen», sagt ein Kamerad an unserer Seite, «aber das ist nicht das Problem...» Sondern? «Früher dauerte es manchmal zwanzig Jahre, bis eine Schützensektion wieder eingeladen wurde; so riesig war das Interesse. Heute sieht man nach zwei Jahren manchmal die gleiche Sektion wieder teilnehmen.» Solange sich die Reihen jedes Mal wieder schliessen, ist das doch kein Problem? «Geschossen wird nur mit Armeewaffen: Karabiner, Stgw 57, Stgw 90 ... darin haben die Leute – knieend – immer weniger Übung. Das ist das Problem.»

Max Dohner

## BLS will 200 Stellen abbauen

**Sparmassnahmen** Das Bahnunternehmen BLS gleist ein einschneidendes Sanierungsprogramm auf. Bis 2023 sollen jährlich 50 bis 60 Millionen Franken eingespart werden. Als Folge davon rechnet das Unternehmen mit dem Abbau von bis zu 200 Vollzeitstellen. Die Kostensenkung sei nötig, um auch künftig marktfähige Leistungen zu erbringen, teilte das Bahnunternehmen gestern mit. Wie der Abbau konkret erfolgen soll – ob durch Fluktuation, Nichtbesetzung der Stellen oder durch Kürzungen – werde sich bei der Detailplanung zeigen. Die BLS steht nach eigenen Angaben bereits im Dialog mit den Gewerkschaften, um einen Sozialplan auszuarbeiten. Der Bahn dürften harte Verhandlungen bevorstehen. Denn die Gewerkschaft des Verkehrspersonals SEV machte am Mittwoch deutlich, dass sie keine Kündigungen infolge des Sparprogramms akzeptieren will. (sda)

## Das Post-Hickhack der Städte

**Service public** Um den Abbau von Postfilialen in den Zentren zu bremsen, hat der Städteverband einen Kompromiss mitgeschmiedet. Nun lässt er diesen fallen.

Man hört es landauf und landab: Für eine funktionierende Gemeinde sei der Postschalter geradezu lebenswichtig, warnen Lokalpolitiker. Doch der Poststellenabbau beschäftigt nicht nur in den Dörfern, sondern auch Stadtpolitiker. Um politischen Forderungen nachzukommen, will der Bundesrat die Postverordnung revidieren und eine bessere Erreichbarkeit garantieren. In urbanen, dicht besiedelten Gebieten soll pro 15 000 Einwohner oder Beschäftigte ein Zugang zu einer Poststelle oder einer Agentur bestehen.

Dem Schweizerischen Städteverband genügt das jedoch nicht mehr. Er fordert: In städtischen Gebieten muss das Dichtekriterium auf 10 000 Personen festgeschrieben werden. Nötig sei dies vor dem «Hintergrund

einer ausreichenden Versorgung mit Postdienstleistungen von mittleren Städten und Agglomerationsgemeinden sowie von Quartieren», schreiben die Verantwortlichen an den Bundesrat.

### Breitabgestützter Vorschlag

Der Städteverband vollzieht damit eine bemerkenswerte Kehrtwende. Denn die neuen Kriterien der Posterreichbarkeit stammen aus dem Kreis einer Arbeitsgruppe, die Bundesrätin Doris Leuthard eingesetzt hat. Beteiligt sind neben Städtevertretern und der Post unter anderem auch die Verbände der Berggebiete, des Gewerbes und der Gemeinden. Die Gruppe hat sich darauf verständigt, die Ausdünnung des Postnetzes in den Städten zu verlangsamen. Die 15000-Einwohner-

Vorgabe ist eine Konzession an den Städteverband, der sich unter der Führung des Solothurner Stadtpräsidenten und FDP-Nationalrats Kurt Fluri betont postkritisch positioniert. Die Vernehmlassung zur Postverordnung ist unterdessen abgeschlossen. Nebst der speziellen Regel für städtische Gebiete soll die Erreichbarkeit fortan kantonale und nicht mehr nationale gemessen werden. Konkret sollen 90 Prozent der Bevölkerung innert 20 Minuten zu Fuss oder mit dem öffentlichen Verkehr einen Zugangspunkt erreichen; darunter fallen neben den klassischen Poststellen eben auch Agenturen, die nicht verpflichtet sind, Zahlungsdienste anzubieten.

Warum distanziert sich der Städteverband von einem Kriterium, das er massgeblich mitge-

prägt hat? Weil dieses nicht so gut ankommt, wie die Verbandsspitze angenommen hat. In der verbandinternen Vernehmlassung seien zahlreiche Städte und Gemeinden der Ansicht gewesen, dass die Vorgabe zu hoch angesetzt sei, heisst es beim Verband. Kritik kam etwa aus Luzern, wo der Stadtrat einen radikalen Abbau befürchtet. Würde der Vorschlag des Bundesrats umgesetzt, stünden der Stadt hochgerechnet noch sechs bediente Zugangspunkte zu. Das entspräche der Hälfte des heutigen Angebots. Denn aktuell gibt es auf Luzerner Stadtgebiet sowohl sechs Poststellen als auch sechs Postagenturen.

Eine Poststelle pro 10 000 statt pro 15 000 Menschen – die Forderung bedeutet aus Sicht der Post eine Verschärfung der Vor-

gaben, und das ist kaum in ihrem Sinne. Auf Anfrage will der Konzern explizit festgehalten haben, dass der Städteverband in der Arbeitsgruppe des Bundes vertreten gewesen sei.

### Post müsste neue Agenturen schaffen

Bereits die 15000-Einwohner-Vorgabe dürfte dazu führen, dass die Post in manchen Zentren weitere Zugangspunkte schaffen muss. «Für die Post ist die Einführung eines neuen Kriteriums für den urbanen Raum methodisch aufwendiger als die heutige Regelung», sagt ein Sprecher. Welche Folge es hätte, wenn das Kriterium auf 10 000 Personen heruntersetzt würde, hat der Konzern noch nicht berechnet.

Sven Altermatt